

Preußen bietet die Hand zur Entwirrung.

Berlin, 26. Oktober. Das Büro der alten preussischen Staatsregierung teilt mit:

Das preussische Staatsministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Brauns zu einer Kabinettsitzung zusammen. Sämtliche Staatsminister waren anwesend. Die Vertreter Preußens in dem Leipziger Prozeß erstatteten Bericht über die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof. Die durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes geschaffene Lage wurde im einzelnen erörtert. Ministerpräsident Braun stellte es als einheitliche Ansicht des Staatsministeriums fest, daß das Staatsministerium die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als maßgebende und zur Entwirrung der Lage geeignete Grundlage betrachte.

Das Staatsministerium hat danach nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Befugnisse auszuüben, die ihr nach der Entscheidung weiterhin zustehen.

Die Staatsregierung wird diese Befugnisse im Sinne möglichst reibungsloser Zusammenarbeit mit den anderen verantwortlichen Stellen ausüben und sich dabei lediglich von den Interessen des Reiches und des Landes leiten lassen.

Ministerpräsident Braun wird heute nachmittag im großen Saale des Reichsministeriums die Presse empfangen.

Das Reich wartet Beschlüsse des alten Preußenkabinetts ab.

Berlin, 26. Oktober. Wie verlautet, dürfte das Reichskabinet in der Angelegenheit des Leipziger Spruches zunächst einmal eine abwartende Haltung einnehmen. Das Reichskabinet wird jedenfalls keine Beschlüsse fassen, bevor nicht die Beschlüsse des alten preussischen Kabinetts vorliegen. Erst wenn diese Beschlüsse bekannt sind, wird das Kabinet beschließen, was weiter geschehen soll. Es ist daher auch vorläufig keine Sitzung des Reichskabinetts oder der kommissarischen preussischen Staatsregierung angelegt worden.

Aus Kreisen der kommissarischen preussischen Regierung verlautet über ihre Stellung zu dem Leipziger Urteil, daß dies praktisch für die preussische Staatsführung keinerlei Folgen nach sich ziehen werde. Das Reichsgericht habe bestätigt, daß die kommissarische Regierung zu Recht die preussische Staatsgewalt und die Verwaltung ausübe. Was die der alten preussischen Regierung vom Reichsgericht zugesprochenen Rechte angehe, so müsse man erst abwarten, in welcher Weise diese sie geltend machen werde. Der ganze Verwaltungsapparat Preußens befände sich rechtmäßig in

Händen der kommissarischen Regierung. Einen Rechtsanspruch, ihn ebenfalls zu benutzen, hätte die alte Regierung nicht. Es sei Sache des Reichskommissars, nach seinem Ermessen zu entscheiden. Wie sich praktisch die Dinge entwickeln würden, hinge ganz von dem Verhalten der alten Regierung ab.

Reichsreform und Leipziger Urteil.

Die Auffassung bayrischer Regierungskreise. München, 26. Oktober. Wie die „Münchner Zeitung“ mitteilt, neigt man in den maßgebenden Regierungskreisen Münchens der Auffassung zu,

daß das Ergebnis der einseitigen Verhandlungen einer Revision der Weimarer Verfassung im Sinne einer Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen nicht entgegenstehen werde.

Gerade den grundsätzlichen Feststellungen des Staatsgerichtshofes hinsichtlich der Länderrechte werde die Eigenschaft zuerkannt, eine Brücke zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen in der Frage der Reichsreform zu schlagen. Zwischen dem bayrischen Ministerpräsidenten und dem bayrischen Innenminister einerseits und dem Reichsinnenminister andererseits habe sich in der vergangenen Woche auf der Ostmarkreise erneut volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß das Reich überhaupt keine Vorlage über die Reichsreform an den Reichsrat oder an den Reichstag bringen werde, bevor über eine solche Vorlage nicht eingehend mit der bayrischen Staatsregierung verhandelt worden sei. Die Erklärung des Reichsanzlers, daß der neue Reichstag bei seinem Zusammentritt die Reichsreformvorlage vorfinden werde, sei nicht dahin zu verstehen, daß der Reichstag gleich in die praktische Erledigung der Reichsreformvorlage eintreten solle. Es stehe heute bereits fest, daß der Reichstag die Beratung über die Vorlage erst im nächsten Jahre in Angriff nehmen könne.

Die Folgen des Leipziger Spruches.

Berlin, 26. Okt. Im Zusammenhang mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes ist die Frage erörtert worden, ob der Reichspräsident als Vollstrecker des Leipziger Urteils verpflichtet sei, Teile der früheren Notverordnung aufzuheben. Hierzu wird von unterrichteter Seite bemerkt, daß die Notverordnung einwandfrei als rechtmäßig bezeichnet worden sei. Auch die übrigen Maßnahmen des Reichskommissars in Preußen händen mit dem Urteil nicht in Widerspruch. Rückgängig gemacht werden müsse lediglich die Neuernennung des Ministerialdirektors Landfried zum Bevollmächtigten beim Reichsrat. Staatssekretär Nobis war hingegen bereits früher Bevollmächtigter beim Reichsrat, so daß er es auch künftig bleiben wird. Ebenso bleiben die Ministerialdirektoren Vahl und Brecht Bevollmächtigte zum Reichsrat.

Japan will die chinesische Ostbahn kaufen.

Vor bedeutsamen japanisch-russischen Verhandlungen.

Tokio, 25. Oktober. Der japanische Botschafter in Moskau und der sowjetrussische Botschafter in Tokio sind hier im Auftrage ihrer Regierungen übereingekommen, Verhandlungen zum Abschluß eines russisch-japanischen Nichtangriffspaktes zu eröffnen. Es ist zunächst beabsichtigt, ein Vorabkommen wirtschafts- und handelspolitischer Inhalts abzuschließen. Nach den Wünschen der japanischen Regierung sollen die eigentlichen Verhandlungen Mitte Dezember aufgenommen werden. Zu diesem Zweck wird der stellvertretende russische Außenkommissar Karadjan in Tokio erwartet.

Das Vorabkommen soll die Gewährung russischer Reisefreiheit und Fortrechte an Japan umfassen. Die Japaner beabsichtigen, Moskau für die sowjetrussischen Anteile an der chinesischen Ostbahn ein Kaufangebot zu machen. Der geplante Vertrag soll außerdem die russisch-mandschurische Grenze genau festlegen. Ferner soll der Vertrag eine Bestimmung über die Lieferung japanischer Maschinen und anderer Waren nach Rußland enthalten, um „Rußland bei der Durchführung des Fünfjahresplanes zu unterstützen“. Derzeit auf dem Wege nach Genf befindliche japanische Vertreter beim Völkerbund, Matuoka, wird einige Tage in Moskau verbleiben, um mit Außenkommissar Litwinow und Karadjan über die Einzelheiten des geplanten Abkommens zu verhandeln. Voraussetzung für die Annahme eines derartigen Abkommens würde für Japan natürlich die ausdrückliche Anerkennung der Mandschurei durch Sowjetrußland sein. Die bisherige Weigerung Sowjetrußlands, die Mandschurei anzuerkennen, soll nach japanischer Ansicht auf den Argwohn der Russen zurückzuführen sein, daß das japanisch-mandschurische Protokoll eine Bestimmung enthalte, die den sowjetrussischen Interessen sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ab-

träglich sein soll. Matuoka ist, wie verlautet, beauftragt worden, diesen Argwohn zu zerstreuen und auf die Bedeutung einer engen russisch-japanischen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens im Fernen Osten hinzuweisen. Matuoka soll in Moskau auch versuchen, auf die Entsendung eines sowjetrussischen Vertreters nach Genf zur Teilnahme an den Verhandlungen des Völkerbundes über den Linton-Bericht einzuwirken.

Ein Dementi aus Moskau. Moskau, 26. Oktober. Die Moskauer amtlichen Stellen erklären, daß die japanischen Nachrichten über einen Verkauf der chinesischen Ostbahn in Japan falsch seien.

Der Streit um die Herabsetzung der Militärdienstzeit in Frankreich.

Paris, 26. Oktober. Der „Quotidien“ will erfahren haben, daß Kriegsminister Paul Boncour im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des französischen Sicherheits- und Abrüstungsplanes die Herabsetzung der Militärdienstzeit von zwölf auf neun Monate vorgeschlagen und durchgesetzt habe. Diese Maßnahme habe zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und dem Großen Generalstab geführt. Die Zahl der französischen Divisionen solle von 20 auf 12 herabgesetzt werden. Dafür solle u. a. eine Neuorganisation der Bürgergarde durchgeführt werden. Der Plan enthalte außerdem genaue Vorschläge für die militärische Vorbereitung der Jugend.

Macdonald zur englischen Wirtschaftslage.

London, 25. Oktober. Der englische Ministerpräsident Macdonald machte am Dienstagmittag in Beantwortung einer Frage des Führers der Unabhängigen Arbeiterpartei Maxton im Unterhaus einige Ausführungen über die Wirtschaftslage. Macdonald erklärte, es werde immer die Politik der englischen Regierung sein, mit allen in ihrer Macht befindlichen Mitteln für eine das ganze Land ersaffende Wiederbelebung des Handels und der Industrie zu sorgen durch den Ausgleich des Haushalts, durch die Konvertierung der Staatsschulden auf einen niedrigeren Zinssatz, durch Erleichterung der Bereitstellung von billigen und reichlichem Geld, durch die Förderung des Handels innerhalb des englischen Weltreiches und schließlich durch Verhandlungen mit den ausländischen Staaten für die Beseitigung oder Herabsetzung der bestehenden internationalen Handelsbeschränkungen. Kein Land könne hoffen, den Wirkungen eines derartigen Zustandes der Depression, wie er jetzt in der ganzen Welt herrsche, vollkommen zu entkommen. In der Auswirkung jedoch, die von Maxton besonders erwähnt werde, sei England seit dem Dezember des vergangenen Jahres verhältnismäßig unverletzt geblieben, während in Amerika, Frankreich und Deutschland große Niedergänge zu verzeichnen gewesen seien.

Zusammentritt des Reichsturatoriums für Jugendertüchtigung.

Berlin, 25. Oktober. Der Reichsinnenminister Herrlich v. Gahl hat das Reichsturatorium für Jugendertüchtigung zum nächsten Donnerstag, dem 27. Oktober, zu seiner ersten Sitzung im Reichsinnenministerium zusammenberufen. In der Vormittagsitzung wird der Referent im Reichsinnenministerium, Oberregierungsrat Eder, einen einleitenden Vortrag halten, an den sich dann im Nachmittags eine Besichtigung eines Geländeparkes anschließen wird. In der Arbeitsitzung am Nachmittag wird General v. Stülpnagel sprechen. Der Reichsinnenminister hat als Vertreter Sachverständigen im Reichsturatorium für Jugendertüchtigung den Ministerialrat von Loeben vom sächsischen Innenministerium berufen.

Die badische Sozialdemokratie lehnt das Badenkonordat ab.

Karlsruhe, 26. Oktober. In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens und der Landtagsfraktion der SPD wurde beschlossen, auf Grund der innerpolitischen Lage die Zustimmung zum Badenkonordat zu verweigern. Dieser Beschluß steht im Widerspruch zu den Abmachungen der Koalitionsregierung (Zentrum und Sozialdemokraten) vom Jahre

Gefährliche Kavaliere.

Roman von Edmund Sabott.

28) (Nachdruck verboten.)

Alles an Bord hatte sich Mac Arrew unterworfen; nur eine Kabine bot ihm Trost wie eine Festung in einem sonst völlig unterworfenen Lande. Wahrscheinlich hätte er leichtes Spiel auch mit dieser einen Kabine gehabt, wenn er es wirklich gewollt hätte; aber es vergangen Tage, bevor er ernsthaft den Versuch unternahm, Gwennie auf ihrem verlorenen Posten zur Übergabe zu zwingen.

Schon sein erster Versuch war ergebnislos. Noch in der Nacht nach dem Überfall begab sich Mac Arrew in Gwennies Kabine. Er fand erst keinen Einlaß. Er trommelte und hämmerte gegen die Tür. Es antwortete niemand. Eine Sekunde lang fürchtete er, daß Gwennie Selbstmord begangen haben könnte, und er wollte Befehl geben, die Tür aufzubrechen, als er endlich von drinnen Antwort erhielt.

Ein verängstigtes zitterndes Stimmchen, das nicht Gwennie gehörte, forderte ihn auf, sich zu entfernen.

Es war Jeannette, die Jofe.

„Wo ist Miß Dolan?“ rief Mac Arrew durch die Tür.

„Im Schlafzimmer — — —“

„Ich habe mit ihr zu sprechen — — —“

Zaudernd davonhuschende Schritte und dann Gwennies zwar nicht ganz sichere, aber doch sehr vernehmliche Stimme: „Was wollen Sie?“

Er rief durch die geschlossene Tür zurück: „Ich habe mit Ihnen zu sprechen.“

„Ich nicht mit Ihnen!“

„Ich lasse die Tür sprengen!“

Eine Pause.

Dann kam die Antwort: „Ich habe in meinem Revolver noch fünf Schuß. Sie und mindestens noch einer Ihrer Leute werden daran glauben müssen. Ein Schuß ist für mich. Ich lasse niemanden ein!“

Das Klang ernst. Gwennie Dolan drohte nicht, ohne ihre Drohung auch auszuführen. Mac Arrew biß sich auf die Lippen, und es verging eine Weile. Dann sagte er, ohne daß er während der Pause von drinnen das geringste Geräusch vernommen hätte: „Ich bin allein hier, Miß Dolan — — —“

„ — — — und ohne Waffen?“

„Wenn Sie es wünschen, so lege ich meinen Revolver vorher ab. Es soll Ihnen nichts geschehen, ich bin nur gekommen, um mit Ihnen zu sprechen.“

Gwennie überlegte aufsehnend, dann antwortete sie: „Jeannette wird Ihnen öffnen, sie wird Ihnen Ihren Revolver abnehmen; aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich im gleichen Augenblick ich — auf Sie oder auf mich — wenn Sie mich überwältigen wollen.“

Lächelte Mac Arrew? Er lächelte, aber nicht höflich, nicht hinterhältig; ein Lächeln der Anerkennung lag auf seinen Lippen.

Jeannette zog die Tür auf und Mac Arrew sah in Gwennies Dolans Salon, in dessen Mitte Gwennie mit erhobenem Revolver stand. Sie zielte auf sein Gesicht. Er lächelte noch immer und trat näher. Seine eigene Waffe bündigte er Jeannette aus, die am ganzen Leibe zitterte. Er war nun waffenlos, und indem er Gwennies Augen mit seinem Blick festhielt, ging er langsam, Schritt für Schritt, die Hände auf dem Rücken ineinandergelegt, auf seine tapfere Gegnerin zu.

„Halt!“ gebot sie, als er kaum noch zwei Schritte von ihr entfernt stand. „Halt! Ich muß schlafen, wenn Sie noch eine einzige Bewegung machen!“

Er blieb sofort stehen. Das Lächeln auf seinem Gesicht vertiefte sich. Den drohenden Revolver schien er überhaupt nicht zu sehen.

Gwennies Gesicht war starr vor Entsetzen, und ihr Entsetzen galt in diesem Augenblick weniger der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage als Mac Arrew, der vor der Mündung eines Revolvers und in einem Augenblick lächeln konnte, da sein Leben von einem nervösen Juden ihres geträumten Zeigefingers abhing.

Welch ein Mensch war Mac Arrew! Sein Lächeln war keine Maske, seine Ruhe nicht erzwungen. Er war wie immer. Und wenn er jetzt doch weiter auf sie geschritten wäre, ihr die Waffe niedergedrückt und sie ihr aus der Hand gewunden hätte, so wäre sie widerstandslos sein gewesen und ihm unterlegen wie die andern alle.

Aber er rührte sich nicht. Seine breite Brust hob und senkte sich langsam bei seinen ruhigen Atemzügen.

„Sie sind tapfer!“ sagte er schließlich und wurde plötzlich ernst. „Es war gut, daß ich die Tür nicht aufsprengen ließ, es wäre schamhaft, Sie auf solche Weise zu überfallen und zu bändigen. Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, daß Ihre Lage hoffnungslos ist. Das Schiff ist in meiner Gewalt.“ Er unterbrach sich. „Verzeihen Sie, ich sehe, daß Ihr Arm ermüdet. Wenn Sie es für nötig halten,

den Revolver während dieser ganzen Unterredung auf mich zu richten, so wollen wir uns legen.“

Er lächelte freundlich, als gestehe er einem Kinde nachsichtig eine Torheit zu.

„Sie können Ihren Arm ausstrecken. Bitte!“

Er wies auf einen der Sessel.

Kein Hohn war in seiner Stimme, denn Gwennie wäre ihm dann gewiß nicht gefolgt. Jetzt aber legte sie sich, wie ihr gebeten worden war, und auch er nahm Platz.

Der Revolver blieb nicht mehr im Anschlag, sondern Gwennie hielt ihn kühn bereit auf ihren Knien, da Mac Arrew sich wohl absichtlich in einiger Entfernung von ihr niedergelassen hatte.

„Ich wiederhole,“ sagte er, „daß es sinnlos ist, sich zu widerlegen. Ihnen wird genau so wenig wie den anderen Damen auch nur ein Haar gekrümmt werden. Ich liebe Ihnen auch gern Ihre Waffe, da Sie scheinbar so großen Wert darauf legen, aber es ist unbequem und gefährlich für mich, einen Revolver an Bord zu wissen, der sich nicht in meinem Besitz befindet. Auch um Ihre Willen wünsche ich das nicht.“

„Ich werde den Revolver nicht herausgeben!“

Mac Arrew zuckte die Achseln.

„Ich darf Sie bitten, das doch zu tun. Ich gebe Ihnen Bedenkzeit.“

„Ich brauche keine!“

„Um so schlimmer für Sie, denn ich bin dann gezwungen, Krieg gegen Sie zu führen.“

„Tun Sie, was Sie wollen!“

Er dachte nach. Kein Zeichen von Ungeduld oder gar einer Drohung war in seinem Gesicht. Man sah es ihm an, daß er Gwennies Unerschrockenheit durchaus achtete und gern zu einer gütlichen Einigung mit ihr gekommen wäre.

„Miß Dolan, ich wiederhole, daß Ihre Tapferkeit bewundernswert wäre, wenn Sie Zinn hätte. Aber Sie das keinen. Ich weiß zwar, daß Sie im selben Augenblick, wo ich Anstalten trafe, Ihnen Ihre Waffe wegzunehmen, um mich zu schenken. Ich werde mich also davor hüten. Es bedarf auch solcher — Gewalttätigkeit nicht. Ich kann Sie viel leichter zur Übergabe zwingen. Ich habe Verdünnungsgase zu meiner Verfügung, die Ihnen in die Nase gespritzt werden können, ohne daß Sie es merken, farblos

geruchlos Gase — — —“

„Ich ergebe mich nicht!“

„Sie werden einschlafen — — —“

(Fortsetzung folgt.)

1929, 5
Zentrum
eines Zusam
fage.
erklärte
Regierun
mals
trag
Rüc
De
Bürger
nieberg
getreten
Schreie
„Am
gerade
Harzu
Aber a
Lamp
lungen
ihrer
bemüht
Hörsbar
Deutsch
Staats
Vollge
grund
Diese
wissen,
Bremis
fassung
Wir de
licht ge
ich sind
die Har
Die
zweite
Dachter
verschie
Freiheit
halten,
corps u
Die
Ueb
Gegner
gelegen
beim R
Reichsa
Reichsve
Kriegsbe
weiltlich
Die
gleiche
werden
als groß
Zur
Schwer
zulagen
aus die
Kind no
ausbild
Wäl
Anspruch
hinfort
nasses ge
in Einz
lonstige
Die
Kriegsbe
wären.
Dieselbe
wenn ei
anerkannt
kommen